



# stuttgart info

der Gewerkschaft  
Erziehung  
und Wissenschaft  
Kreis Stuttgart

Juli 2017

# 124



## Die GEW, immer in Aktion!

### Inhalt

1. Mai in Stuttgart  
100 % Besoldung  
Scheitert die Inklusion?

Seite

2  
3  
4/5

Architektur in der Pädagogik  
Versorgungsauskunft  
Achtung Baustelle!

Seite

6  
7  
10

# 1. Mai in Stuttgart

## Prekäre Arbeit im Integrationskurs und in der Erwachsenenbildung: Dozent/innen gehen am Ersten Mai in Stuttgart auf die Straße

„Für Integration, die klappt“ - so lautete eines der Mottos für die diesjährige DGB-Demonstration am Tag der Arbeit. In Stuttgart nahmen dies einige Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache zum Anlass, sich zusammen mit anderen Weiterbildner/innen mit einem eigenen Transparent zu beteiligen. Trotz des schlechten Wetters sammelten sich knapp 20 Lehrkräfte aus der Erwachsenenbildung um das Plakat mit der Aufschrift „Fair statt prekär: Gute Arbeitsbedingungen im Integrationskurs und in der Weiterbildung“. Sie kamen von mehreren Volkshochschulen der Region, einer Universität und einem privaten Sprachanbieter zusammen. Gemeinsam ist ihnen eines: Sie arbeiten unter prekären Bedingungen als Honorarlehrkräfte.

Eine Szene aus der Dokumentation „Harte Arbeit, schlechter Lohn“ (SWR): Clarissa Haziri bereitet sich auf den morgigen Unterricht vor: Sie soll den Migrant/innen in ihrem Deutschkurs das Thema „Sozialstaat“ nahebringen. „Hier wird gezeigt, dass es eine soziale Absicherung gibt, dass man bei Krankheit, Unfall, Elternschaft oder Arbeitslosigkeit nicht fallen gelassen wird“, erklärt sie, während sie das Lehrbuch durchblättert. Es ist nur ein Kapitel des Integrationskurses, in dem die Klasse Deutschkenntnisse sowie grundlegende Landeskundekenntnisse aufbaut. Gefördert und beauftragt wird der Kurs vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Bizarre an der Situation: Haziri selbst steht als Honorarlehrkraft in vielerlei Hinsicht außerhalb des Sozialstaats, den sie hier vermitteln soll.

Wird Integration durch Desintegrierte geleistet? Während Integration schon seit geraumer Zeit ein großes Thema in Medien, Politik und Öffentlichkeit ist, wird kaum darüber gesprochen, unter welchen Arbeitsbedingungen die hauptberuflichen „Integrationsarbeiter/innen“ tätig sind. Der Deutschunterricht für MigrantInnen, der immer wieder als „Schlüssel zur Integration“ bezeichnet wird, ruht in den allermeisten Fällen auf den Schultern von Honorarlehrkräften, also Freelancern. Sie sollen „frei von Weisungen“ sein, dafür aber das „unternehmerische

Risiko“ (Krankheit, Kursausfall) selbst tragen und ihre Sozialversicherung in voller Höhe bestreiten. Um dies alles abzudecken, müssen die Honorare von Selbstständigen weit über den Stundenlöhnen von Arbeitnehmer/innen liegen. Ist das Honorar zu gering kalkuliert, hat dies fatale Auswirkungen: Lehrkräfte schleppen sich auch krank zur Arbeit, sparen am Erholungsurlaub und arbeiten teilweise weit über eine normale Wochenarbeitszeit hinaus. Immer häufiger berichten Medien auch darüber, dass es gerade unter Selbstständigen eine selten wahrgenommene Gruppe Menschen gibt, die sich die hohen Beiträge zur Krankenversicherung nicht leisten können.

Obwohl viele Honorarkräfte in der Weiterbildung indirekt im Auftrag des Staates tätig sind - zum Beispiel im Integrationskurs für Zuwanderer oder in der beruflichen Fortbildung -, ist gerade in der Weiterbildung die Kombination von Selbstständigkeit und niedrigen Honoraren weit verbreitet. Unter solchen Bedingungen entstehen wirtschaftliche Abhängigkeiten zum Auftraggeber, gleichzeitig genießen Honorarkräfte eben gerade keine klassischen Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Mutterschutz oder Vertretung durch einen Betriebsrat. Tarifverträge sind äußerst selten, der gesetzliche Mindestlohn gilt nicht. Die Sonntagsreden von der Wichtigkeit des „lebenslangen Lernens“ und der Integration klingen für die betroffenen Erwachsenenbildner/innen hohl.

Wegen dieser Arbeitsbedingungen haben einige Lehrende begonnen, sich zu organisieren. Am Tag der Arbeit prangen auf ihren Transparenten und Flyern gleich mehrere Logos: In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich ein Arbeitskreis DaF gebildet, das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte ist vertreten, die DaF-DozentInnen-Initiative bewirbt den Offenen Stammtisch für DaF- und Honorarlehrkräfte in Stuttgart. Auch Clarissa Haziri, die in der Dokumentation des SWR gefilmt wurde, läuft in der Gruppe mit. „Bei unseren Gesprächen mit Politiker/innen stoßen wir durchaus auf Interesse. Wir brauchen aber keine schönen Worte, sondern konkrete Schritte zu besseren Arbeitsbedingungen“, fasst sie ihre Erfahrungen zusammen. „Über Integration zu sprechen ist gut. Integration zu finanzieren wäre besser.“

*Stuttgart, 01.05.2017, von Helen Bärin (Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte, Landesarbeitskreis DaF der GEW BW)*



# Die finanzielle Seite der GEW

## Die letzte Vorgriffstunde ist zurückbezahlt!

### Ja oder Nein?

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrkräfte, die 1997 schon im Dienst waren bitte aufpassen!

Habt ihr die Vorgriffstunden schon zurückbekommen?  
Wenn ja – ist alles gut.

Wenn nein, achtet darauf, dass ihr nicht vergesst, diese rechtzeitig zu beantragen bevor ihr in den Ruhestand geht.

Bei einem vollen Deputat bekommt ihr die Vorgriffstunden als Zeit zurück.

Bei einem Teilzeitdeputat erhaltet ihr dafür anteilige Bezüge. Wer auch hier Zeit möchte, sollte sich rechtzeitig bei den GEW-Personalrät/innen beraten lassen oder sich an die GEW-Geschäftsstelle zur Beratung wenden.

Zur Erinnerung:

Die GEW stimmte 1997 nach heftigen internen Diskussionen dem Regierungsbeschluss der damaligen schwarzen Landesregierung für das Vorgriffmodell der GHWRS-Lehrkräften zu.

Dies besagte, dass die Lehrkräfte 5 Jahre eine Stunde mehr gearbeitet haben. Danach gab es eine Karenzzeit von 5 Jahren. Im Anschluss wurde die Vorgriffstunden wieder in Zeit oder Geld zurückgegeben.

Dies war aus der Not geboren.

Wir wollten den jungen Lehrkräften 1997 eine Beschäftigungsperspektive bieten.

Für die Lehrkräfte ergab sich damit jedoch auch die Sicherheit, dass über 15 Jahre keine Deputatserhöhung stattfinden wird. Rainer Dahlem, unser damaliger Landesvorsitzender hat sich hier intensiv dafür eingesetzt.

Im Jahre 2017 brauchen wir wieder kreative und phantasievolle Lösungen um den Mangel an Lehrkräften in den Schulen zu beheben.

Vorschläge hätten wir genug!

Doch auf der KM-Seite will keiner über den Tellerrand blicken. Solange die „Schwarze Null“ in der Bildungspolitik das Sagen hat, wird 's an den Schulen nicht besser werden.

*Annemarie Raab*

## Antwort auf die Anträge der Arbeitnehmer/innen - Teilpersonalversammlung am 25.Oktober 2016

Frau Dr. Eisenmann hat ziemlich schnell und klar auf die Anträge der Teilpersonalversammlung reagiert.

Die Antworten machen für die befristet Beschäftigten und für die befristeten Nichterfüller deutlich, welche Aussichten sie in Zukunft für ihren Weg an den Schulen beim Land Baden-Württemberg haben.

Vor allem für die Nichterfüller sollte klar in den Vordergrund kommen, dass sie aufgrund des Fehlens ihres 2. Staatsexamens keinerlei Chancen haben eine unbefristete Stelle beim Land Baden-Württemberg zu bekommen. Vor diesem Hintergrund raten wir dringend sich grundständig beraten zu lassen, welche Möglichkeiten bestehen, das 2. Staatsexamen nachzureichen.

Vor allem müssen sich Nichterfüller um die Anerkennung ihres Studiums kümmern, sowie um die Möglichkeit eines daraus resultierenden Studiums an der PH.

### 1. Antrag zu Weiterbezahlung während der Sommerferien

„Die befristete Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst des Landes Baden Württemberg entwickelt sich dynamisch anhand des Bedarfs der Schulen. Dieser ändert sich von Schuljahr zu Schuljahr. Deswegen werden befristete Verträge nur bis zum Ende des jeweils laufenden Schuljahres geschlossen. Für mich ist der Wunsch nach Weiterbezahlung über die Sommerferien hinweg durchaus nachvollziehbar. Gleichzeitig sind die Vorgaben des Landeshaushalts bindend. Leider ist nicht alles, was wünschenswert wäre, auch finanzierbar.“

Dr. Susanne Eisenmann

*Antwort vom 9. Januar 2017 auf den Antrag des ÖPR GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Stuttgart*

### 2. Antrag für eine Möglichkeit eines Vorbereitungsdienstes für Nichterfüller

„Die regulären Zugangsmöglichkeiten in den Schuldienst und der Erwerb einer Laufbahnbefähigung für die Lehrämter sind in der Vergangenheit und Gegenwart grundsätzlich dadurch geprägt, dass die wissenschaftlichen Voraussetzungen für zwei Fächer, die in der betreffenden Schulart unterrichtet werden, von den Bewerberinnen und Bewerbern im für diese Schulart erforderlichen Umfang mitgebracht werden müssen. Dies geschieht in der Regel durch den Abschluss eines Lehramtsstudiums. Es ist derzeit nicht beabsichtigt, an dieser Regelung etwas zu ändern.“

Dr. Susanne Eisenmann

*Antwort vom 9. Januar 2017 auf den Antrag des ÖPR GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Stuttgart*

*Angela Efnert*

### Angela Efnert

*Fachlehrerin an der Helene Schöttle Schule, Mitglied im Örtlichen Personalrat GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Stuttgart für die Gruppe der Arbeitnehmer/innen*





## Scheitert die Inklusion? Neues Schulgesetz verbessert wenig

Manchmal wird ein Schaden größer, je länger man wartet. Bei der Inklusion könnte es so gehen. Es ist sicher eine gute Idee, wenn Menschen mit oder ohne Einschränkungen in einer großen Gemeinschaft zusammen lernen und leben - eine Idee, die wir spätestens seit Unterzeichnung der UN-Menschenrechtskommission auch umsetzen wollen und müssen. Nur geschieht dies in einer Weise, dass sich die Frage stellt, was denn nun größer ist: der Gewinn oder der Schaden.

Daran ändert auch das neue Schulgesetz nichts.

Seit Einführung der Inklusion wurde von Anfang an auf Faktoren hingewiesen, die für ein Gelingen wichtig sind. So müssen sich Lehrer und Klassen auf die inklusive Arbeit vorbereiten und auch während der Arbeit dabei unterstützt werden. Notwendig sind ein kompetenter Umgang mit Heterogenität im Allgemeinen und ein fachlich angemessener Umgang mit den spezifischen Unterstützungsbedürfnissen einzelner Schüler im Besonderen. Barrieren für Schüler, auch die unsichtbaren kognitiven und sprachlichen Barrieren, müssen erkannt und zumindest soweit abgebaut werden, dass Schüler sie überwinden können. Geht der Unterricht auf die unterschiedlichen Ausgangslagen ein? Steht angemessenes Material zur Verfügung, werden angemessene Methoden verwendet? Erlauben die Stoffverteilungspläne unterschiedliche Lerntempi? Gibt es einen Differenzierungsraum? Fragen, zu denen die sonderpädagogischen Fachrichtungen etwas zu sagen hätten, wenn man sie denn fragen würde.

Leider kommt deren Wissen in den Regelschulen kaum an.

Mit dem neuen Schulgesetz wurden nun zwar rechtliche Grundlagen geschaffen. Z.B. wurde Inklusion als Aufgabe aller Schularten festgeschrieben und dementsprechend der zieldifferente Unterricht an den allgemeinen Schulen verankert. Aber Papier ist geduldig. Im Wesentlichen hat das Gesetz einfach den Status quo aus den vormaligen Schwerpunktregionen zur Inklusion aufs ganze Land übertragen. Dieser war aber zuvor schon wenig befriedigend, da die zentralen Probleme in der Praxis nicht überzeugend gelöst worden waren.

Das Hauptproblem der Inklusion lässt sich ganz einfach benennen: Wenn die Regelschulen\* vormalig sonderpädagogische Aufgaben wahrnehmen wollen oder sollen, dann müssen sie dazu auch befähigt und dafür ausgerüstet werden. Zum guten Willen (sofern vorhanden) muss sich die notwendige Kompetenz gesellen. Denn mit den neuen Schülern kommen nun Aufgaben bei den Regelschulen an, die diese bisher delegiert haben - an Sonderschulen.

Dieses Problem wird in der Öffentlichkeit in seinem Ausmaß kaum richtig wahrgenommen, weil sich viele Menschen bei dem Begriff Inklusion zuallererst Schüler im Rollstuhl vorstellen, die nun auch im Klassenzimmer der Regelschule sitzen dürfen - ein Bild, das häufig auch durch die Medien vermittelt wird.

Schüler mit dem Förderschwerpunkt körperliche Entwicklung, zu denen Kinder und Jugendliche im Rollstuhl gehören, sind aber unter den sogenannten Inklusionsschülern eine vergleichsweise kleine Gruppe. Sie benötigen bauliche Maßnahmen, eine angepasste Ausstattung und Hilfsmittel am Lernplatz, manchmal eine Assistenz, aber sie können i.d.R. dem Bildungsplan der Regelschule folgen.

Was den wenigsten bekannt ist: Die größte Gruppe der sogenannten Inklusionsschüler sind Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Diesen Schülern sieht man ihren Förderbedarf in keiner Weise an. Genau das bringt sie in eine besonders verletzte Position. Für sie muss nicht ein Waschbecken tiefer gebaut werden oder eine Rampe eingerichtet werden, für sie muss sage und schreibe jede einzelne Unterrichtsstunde umgebaut werden, weil sie fast ständig auf einen ziel- und

methodendifferenten Unterricht angewiesen sind. Was das bedeutet, wird völlig unterschätzt.

Wer hält diesen Unterricht?

So sitzen in der Regelschule nun reihenweise Schüler, bei denen es so aussieht, als gehörten sie dazu. In Wirklichkeit verstehen sie vieles von dem, was da gelernt wird, gar nicht. Stundenlang.

Die derzeitigen Fortbildungsangebote, ein Schnelldurchlauf durch sämtliche sonderpädagogische Fachrichtungen, bieten den Regelschullehrern kaum die passgenaue Unterstützung, die sie z.B. in Form von Materialien und Methoden für ihre tägliche Arbeit in der Inklusion brauchen. Viele Lehrer nehmen erst gar nicht daran teil. Wieso denn auch, wenn sich viele gar nicht freiwillig für eine Inklusionsklasse gemeldet haben, sondern ihnen diese Aufgabe von oben einfach angewiesen worden ist? Nun sind ja auch Sonderpädagogen im Klassenzimmer mit dabei. Aber mit wie wenig Stunden! Offiziell wird die Stundenzahl berechnet nach der Zahl der Schüler in der Klasse mit einem Förderbedarf und der Art ihres Förderschwerpunkts. Diese Rechenweise wird aber vielen Schülern nicht gerecht. Entscheidend für einen Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen ist, dass er in möglichst vielen Stunden sein zieldifferentes Angebot erhält. Es ist zweitrangig für ihn, wie viele seiner Mitschüler einen ähnlichen Förderbedarf haben. Sein Förderbedarf wird durch die Zahl weiterer Inklusionsschüler weder größer noch kleiner, ja, selbst wenn er alleine in der Klasse ist, hat er ihn.

Die GEW fordert als Zielmarke für 20 Unterrichtsstunden das Zwei-Personen Prinzip. Ob das immer notwendig ist, muss man auch im Einzelfall entscheiden. Realität ist aber, dass viele sog. Inklusionsschüler nur in wenigen Stunden eine fachlich angemessene Unterstützung erhalten, oft sogar in weniger, als ihnen nach der bisherigen, ohnehin schon fragwürdigen Rechenweise zustünde. Von einem gleichwertigen sonderpädagogischen Bildungsangebot an der Regelschule und am SBBZ (der früheren Sonderschule) kann daher nicht die Rede sein.

Der bisher offizielle Berechnungsschlüssel führt inzwischen zu völlig verschobenen Maßstäben. So preisen sich Regelschullehrer schon glücklich, wenn sie fünf oder mehr Inklusionsschüler in ihrer Klasse haben, weil sie dann mehr Doppelbesetzungen mit einem Sonderpädagogen bekommen.

Aber entspricht es noch der Realität, wenn jeder Vierte oder Dritte in der Klasse einen sonderpädagogischen Bildungsanspruch hat? Hat bei Ihnen auch ein Viertel der Menschen, mit denen sie täglich zu tun haben, einen sonderpädagogischen Förderbedarf? Ein Anliegen von Inklusion ist doch, gesellschaftliche Realität angemessen im Klassenzimmer abzubilden. Laut Statistischem Bundesamt leben aber nicht 25 bis 33 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung, sondern nur rund ein bis zwei Prozent\*\*.

Gleich welcher Schlüssel nun verwendet wird - selbst wenn ein Sonderpädagoge mit in der Klasse dabei ist, gewährleistet dies noch lange nicht, dass auch ein entsprechendes Bildungsangebot implementiert werden kann. Denn dies setzt aufwändige konzeptionelle Arbeit im Team voraus. Wie soll diese stattfinden, wenn es dafür keinerlei Anrechnungsstunde gibt? Wer bereitet außerdem den Unterricht vor und wer erstellt das Material für die zahlreichen Stunden, in denen der Sonderpädagoge nicht im Unterricht ist und für die er auch nicht bezahlt wird? Das sonderpädagogische Bildungsangebot muss ja auch dann gesichert sein! Vielleicht ist der Sonderpädagoge auch gleich nach seinem Referendariat direkt von der Regelschule eingestellt worden. Wie soll ein solchermaßen isolierter Sonderpädagoge seine eigene Fachlichkeit ausbilden und einbringen können - in einer Minderheitsposition gegenüber den Regelschullehrern, ohne Anbindung an Kollegen vom Fach und ohne eine starke fachliche Autorität im Rücken?

Dessen ungeachtet erhalten die Regelschulen durch das Schul-

gesetz nun sogar noch weitere Steuerungskompetenzen gegenüber Sonderpädagogen, z.B. bei der Dienstaufsicht, z.T. einschließlich der Beurteilungen, oder bei der Lehrmittelzuweisung. Können sie denn verantwortlich damit umgehen? Wie werden sie dazu befähigt? So sind mancherorts hochqualifizierte Sonderpädagogen nun Schulleitern unterstellt, die nicht einmal wissen, dass ein Teil ihrer Schüler anders benotet wird als andere. Hinzu kommt ein riesiges Problem: Es fehlt an Sonderpädagog/innen! Um das Ausmaß dieses Problems zu verdeutlichen, sei ein Blick zur Nachbardisziplin der Medizin erlaubt: Stellen wir uns vor, ein Land würde flächendeckend Krankenhäuser bauen, ohne dass die dafür notwendigen Ärzte bereit stünden. Stellen Sie sich vor, Sie müssten in solch einem Land wegen einer schwierigen Herzoperation ins Krankenhaus. Aber leider kann die OP auf Grund von Personalmangel derzeit nicht vom Chirurgen durchgeführt werden, sondern nur von einem Hausarzt in Vertretung oder – noch besser - von einer Krankenschwester. Eine äußerst vertrauenserweckende Vorstellung, oder?

Was im Umgang mit kranken Menschen absurd erscheint, mutet man Kindern und Jugendlichen mit Einschränkungen jedoch problemlos zu: Zahllose Schulen im Land wurden inklusiv, ohne dass genügend ausgebildetes Personal dafür bereit stand. Um den Bedarf zu decken, wird nun statt qualifizierter Sonderpädagogen fachfremdes oder geringer qualifiziertes Personal eingesetzt, z.B. Sonderpädagogen anderer Fachrichtungen, Fachlehrer oder Regelschullehrer. Schüler in der Inklusion müssen sich mit solchen Arrangements abfinden. Sie haben keine Lobby, die es verhindern könnte.

Wirklich lösen lassen sich die Probleme nur, wenn man sie offen anspricht. Das haben die Lehrer an der Basis der Inklusion von Anfang an gemacht. Eine „Politik des Gehörtwerdens“ lässt sich dabei aber nicht wirklich erkennen: Denn die zentralen Probleme bleiben ungelöst.

Daran können auch die vielen Best-Practice-Beispiele nichts ändern, die derzeit durch sämtliche Fortbildungen kursieren. So lobenswert diese „Helden der Inklusion“ auch sein mögen, arbeiten sie doch häufig unter Bedingungen, von denen andere nur träumen können wie Freiwilligkeit der Lehrer, langer Vorlauf, regelmäßige Teamsitzungen und viele Doppelbesetzungen.

Im Allgemeinen sind die Rahmenbedingungen für ein langfristiges und breites Gelingen der Inklusion eher ungünstig. Erstaunlich ist, wie manche Schüler trotz solcher Bedingungen lernen können, ja manche profitieren sogar so sehr von diesem Setting, dass ihr Förderbedarf ganz aufgehoben werden kann. Das zeigt, dass der eingeschlagene Weg zumindest nicht ganz falsch sein kann. Andere Schüler hingegen bleiben weit hinter ihren Möglichkeiten zurück oder kommen unter die Räder, werden von ihren Eltern aber auch nicht an ein SBBZ umgeschult. Sie sind die eigentlichen Verlierer der Inklusion - vielleicht eine ganze Generation lang.

Und wie sieht es bei den Lehrern aus? Eine Umfrage, die von der GEW 2013 in den damaligen Schwerpunktregionen zur Inklusion durchgeführt worden war, ergab quer durch alle Schularten eine hohe Zustimmung zur Idee der Inklusion bei gleichzeitig großer Unzufriedenheit über deren Umsetzung. Da sich die Bedingungen durch das neue Schulgesetz nicht wesentlich verbessert haben, ist zu befürchten, dass sich eine ähnlich große Unzufriedenheit bald im ganzen Land wiederfinden wird.

Betroffen sind sowohl die Lehrer an den Regelschulen, die auf ihre neue Klientel kaum vorbereitet sind, als auch die Sonderpädagogen der SBBZ, die nun zwei Systeme gleichzeitig bedienen müssen: die SBBZ und die Inklusionsschulen.

Völlig zermahlen werden die SBBZ mit Schwerpunkt Lernen, die den größten Anteil der sog. Inklusionsschüler betreuen. An ihren Stammschulen verkommen Schulleben und Schulentwicklung, ja oft reicht das Personal nicht einmal mehr für die hauseigenen Aufsichten und Vertretungen aus.

Zu befürchten sind zunehmende Lehrerausfälle und Lehrerabwanderungen in andere (Bundes-)Länder - dies bei einer jetzt schon nicht ausreichenden Versorgung mit Sonderpädagogen. Und ist ein solches Berufsbild „Sonderpädagoge“ überhaupt noch attraktiv genug, um junge Leute anzuziehen?

Die Frage ist, was wir vergrößern wollen: den Schaden oder den Gewinn? Gute Ideen allein schaffen noch keine bessere Wirklichkeit.

Markus Diehl, Sonderpädagoge

*\* der Begriff Regelschule wird hier für alle Schularten in Abgrenzung zum SBBZ verwendet. Entsprechend sind Regelschul-lehrer alle Lehrer außer Sonderpädagogen. \*\* Pfaff, Heiko: Lebenslagen der behinderten Menschen. Ergebnis des Mikrozensus 2009. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, März 2012, Tabelle 1.*

## Checkliste

Dies sollte für das Arbeiten in der Inklusion selbstverständlich sein (- ist es aber nicht!):

- freiwillige Bereitschaft der Lehrer (vorzugsweise)
- Vorlaufphase zur Teamfindung und konzeptionelle Planung
- frühzeitige Information an Kollegien und Eltern über inklusives Angebot
- verbindliche passgenaue Fortbildungen (mit Freistellung) Begleitung der Inklusionsklassen bei der Konzeptentwicklung, (Hilfestellung für Teams. Themen:
  - Umgang mit Heterogenität
  - sonderpädagogisch fachliches Handeln
  - Teamentwicklung
- kleine Inklusionsgruppen  
Vorschlag: Ab vier Inklusionsschülern soll, ab fünf muss auf zwei Klassen verteilt werden.
- angemessene Lehrer-Schüler-Koeffizienten in Inklusionsklassen und entsprechend bedarfsgerechter Einsatz von Sonderpädagogen. (Dazu notwendig: neue, offene Verhandlungsrunde mit Vertretern aller beteiligten Gruppen. Besondere Berücksichtigung von:
  - Ganztageschulen
  - zieldifferentem Unterricht
  - Ermessen der Schulleitungen)
- kompetenter Umgang mit Heterogenität im Unterricht, ggf. ziel- und methodendifferentes Lernen - auch in den Stunden ohne Sonderpädagog/in
- angemessene Materialausstattung: sonderpädagogische Materialien Hilfsmittel, Computer, Kopien
- angemessene räumliche Ausstattung, z.B. Differenzierungsraum
- Anrechnungsstunde für regelmäßige Teamsitzungen und Wegzeiten
- Vereinbarkeit von Terminen des Sonderpädagogen an beiden Schulen, insbesondere bei Teambesprechungen und ggf. Sitzungen
- Anbindung des Sonderpädagogen an sonderpädagogisch kompetente Aufsicht und Team
- Stundenausgleich an den SBBZen für:
  - Aufsichten, Krankheitsvertretungen, Schulleben und Schulentwicklung wegen des Wegfalls von Kollegen in der Inklusion
  - Fachaufsicht der Schulleitung für Kollegen in der Inklusion
- Verlässlichkeit bezüglich der Kooperationspartner der Teams und Schulen, Kontinuität bei den Inklusions-lehrer/innen
- öffentliche Evaluierung, Umsetzung der Ergebnisse
- Weiterbildungsperspektiven für Fachlehrer und Regelschullehrer zum Sonderpädagogen

## Schulentwicklungsplanung Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) Zwischenbericht und aktueller Stand

Das Schulverwaltungsamt Stuttgart (SVA) entwickelt mit den Schulleitungen der SBBZ Ideen für eine Umstrukturierung der SBBZ.

Organisationsbereiche SBBZ Lernen

Die Neuausrichtung von Organisationsbereichen der SBBZ Lernen steht augenblicklich im Focus der Schulentwicklungsplanung. Dazu hatte die Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart (GUS), die den Schulentwicklungsprozess im Auftrag der Stadt Stuttgart begleitet, zwei Modelle erarbeitet. Aufgrund der Erhebungen von GUS (Schülerzahlen, Lage der SBBZ Lernen, Erreichbarkeit der Schulen,...) haben sich aus deren Sicht zwei Modelle herauskristallisiert. Modell A und Modell B geht von zukünftig 4 Organisationseinheiten (Schulbezirken) aus, die sich in Nord bzw. Nord-West / Ost bzw. Nord-Ost / Mitte und Süd aufgliedern.

Nach der Vorstellung der beiden Modelle durch GUS, wurden in Arbeitsgruppen die beiden Modelle erörtert. Der Arbeitsauftrag beinhaltete die beiden Modelle konstruktiv zu diskutieren und gegebenenfalls Alternativen zu entwerfen. Bei den Überlegungen war den Schulleitungen eine gleichmäßige Verteilung der Standorte der SBBZ Lernen, eine annähernd gleiche Anzahl an Schüler/innen und eine gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel wichtig.

Nächste Planungsschritte

In einem nächsten Schritt sollen nun die Organisationsbereiche der SBBZ Lernen festgelegt werden. Welche Standorte erhalten bleiben sollen, ob es Außenstellen geben wird, ob es Standorte mit und ohne Ganztagsangebot geben wird, ob eine Schülerbeförderung für die Grundstufe eingerichtet werden soll und weitere Fragen zur Feinabstimmung der internen Organisationsstrukturen sind noch offen. Dies wird in weiteren Schritten zu klären sein. Parallel sollen auch Abstimmungen mit den SBBZ mit anderen Förderschwerpunkten und mit den allgemeinen Schulen erfolgen, z.B. hinsichtlich baulicher Maßnahmen.

Konkretisierungen

Ausgehend vom augenblicklichen Stand der Schulentwicklungsplanung ist eine Veränderung zum Schuljahr 2017/18 nicht angedacht. Dies ist frühestens für das Schuljahr 2018/19 vorgesehen und zu erwarten.

Als GEW erwarten wir auch weiterhin einen offenen und transparenten Prozess unter Einbeziehung der gesamten Schulgemeinde.

*Erwin Berger*

---

### Erwin Berger

*Vorsitzender der Fachgruppe sonderpädagogische Berufe, Sonderschullehrer an der Margarete-Steiff-Schule und stellvertretender Vorsitzender des Örtlichen Personalrats beim Staatlichen Schulamt Stuttgart*

---



## Wo ist der Platz für eine ansprechende Lernumgebung, Architektur als dritter Pädagoge?

Raum vermissen die Lehrkräfte an der GMS besonders schmerzhaft für ihre Schüler/innen. Seien es die fehlenden Differenzierungsräume, Ruheräume, eine Mensa und ein vielseitig nutzbarer Schulhof, Schulgarten und Möglichkeiten „draußen“ zu sein. Mehr Platz für Alles - das Prinzip „eine Klasse - ein Raum“ funktioniert nicht mehr.

Der GEW Kreisvorstand Stuttgart hat in der Schickhardt Gemeinschaftsschule hospitiert, hat teilgenommen an zwei Unterrichtsstunden am Nachmittag der Klassen 5 und 6 – und war beeindruckt.

Individuelles Lernen, veränderte Lernkultur, soziale Kompetenz, Lernen auf E-, M- und G-Niveau ohne die traditionelle Selektion in Schularten, selbstorganisiertes Lernen, Lernentwicklungsberichte, keine Noten und inklusive Settings, kein Aussortieren, kein Abschulen..... - kann funktionieren. Eltern und Schüler/innen nehmen es an, gehen mit und vertrauen der Schulart Gemeinschaftsschule.

Das heißt sie vertrauen den Lehrkräften, denen sie ihre Kinder anvertraut haben, dass diese eine neue Schulart entwickeln und implementieren. Mit großem Engagement, einem immensen Zeitaufwand setzt das Kollegium ihr erarbeitetes Konzept für die Gemeinschaftsschule um, hinterfragt, reflektiert und passt es an – und das alles im laufenden Schulalltag, sozusagen nebenher.

An den Gymnasien und den Beruflichen Schulen gibt es ausgeschriebene Funktionsstellen für die Schulentwicklung. Warum nicht auch an der Gemeinschaftsschule?

Zurück zum Unterricht, klassische Unterrichtsstörungen haben wir nicht erlebt, stattdessen ein soziales Miteinander, eine angenehme und angstfreie Lernatmosphäre, stetige klare Feedbacks seitens der Lehrkraft und es wurde geschafft. Auftretende Probleme nicht aufgeschoben, sondern gelöst. Alle Schüler wahrgenommen. Es war eine Lerngruppe auf G-Niveau mit über 20 Schüler/innen.

Da fragen wir uns schon, warum die Politik die Rahmenbedingungen nicht den Bedürfnissen der Pädagogik anpasst? Das Land ist hier ganz klar in der Bringschuld gegenüber der Schulgemeinde. Konkret in der Berechnung der Arbeitszeit für die Lehrkräfte, in der Schulsozialarbeit und im Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Und auch die Kommune muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Ohne eine grundsätzliche räumliche Ausstattung ist keines der 8 Gemeinschaftsschulkonzepte umzusetzen. Die Stadt hat die Anträge auf Gemeinschaftsschulen gestellt und lässt jetzt die Schulgemeinden in Interimslösungen eine neue Schulart aufbauen.

Fürsorge und Wertschätzung sieht anders aus. Als GEW Kreis Stuttgart unterstützen wir die Gemeinschaftsschulen in Bezug auf die Arbeitszeiten, Umsetzung der Verbesserungen an den Schulen in Bezug auf Lärm und Hitze, Arbeitsplätze, räumliche Ausstattungen und Akzeptanz. Am Ende kommt dies allen Schulen zu Gute.

*Annemarie Raab, Kreisvorsitzende und  
Jörn Pfeifer, Vorsitzender der Fachgruppe Realschule im Kreis*



# Versorgungsauskunft

## **gibt es seit dem 18.01.2017**

Und zwar für alle Beamt/innen, die gerne einen Eindruck davon gewinnen möchten, mit welchem Eurobetrag sie im Ruhestand zu rechnen haben.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) in Fellbach hat angekündigt, dass ab Januar 2017 die so genannten „Versorgungsauskünfte“ erstmalig verschickt und ins LBV-Kundenportal eingestellt werden. Und zwar an alle Beamt/innen auf Lebenszeit, welche die Wartezeit für einen Versorgungsanspruch erfüllt haben, sich noch nicht im Ruhestand befinden und die ihrer Mitwirkungspflicht nachgekommen sind. Mit letzterem ist gemeint, dass diejenigen, die sowohl die erste Aufforderung im Herbst 2012 ihre Laufbahndaten vor der ersten unbefristeten Stelle im öffentlichen Schuldienst in Baden-Württemberg dem Regierungspräsidium (RP) zu melden als auch die entsprechende Erinnerung im Herbst 2015 nicht befolgt haben, wohl keine Versorgungsauskunft erhalten werden.

Diejenigen, die ihre Vordienstzeiten pflichtgemäß an das zuständige RP gemeldet haben, erhalten nun eine Auskunft mit welcher Pensionshöhe sie im Falle einer Dienstunfähigkeit zum 01.01.2017 als auch im Falle einer Zuruhesetzung mit dem Erreichen der jeweiligen gesetzlichen Altersgrenze zu rechnen haben. Letzteres unter der Annahme, dass sie mit der Deputatshöhe vom 31.12.2016 dauerhaft weiterarbeiten würden. Außerdem findet man in der Versorgungsauskunft, sozusagen als Anhang, eine Auflistung des beruflichen Werdegangs zwischen Schulabschluss und Silvester 2016 inklusive der Bewertung dieser Zeiten in Bezug auf ihre Ruhegehaltfähigkeit.

## **Was sollte ich als Beamter/in nun mit dieser Versorgungsauskunft machen?**

Zunächst einmal lohnt es sich durchaus, diese zu lesen und soweit möglich auch inhaltlich nachzuvollziehen. Außerdem ist es wichtig die einzelnen Laufbahndaten auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit hin genau zu überprüfen. Dies ist für alle Beamt/innen verpflichtend und ggf. droht sonst im schlimmsten Fall ein Verlust bei der zukünftigen Versorgung, da irgendwann Zeiten nicht mehr ergänzt bzw. korrigiert werden können. Korrekturen und Ergänzungen der Laufbahndaten können mit einem entsprechenden, der Versorgungsauskunft beiliegenden Formular an das LBV gemeldet werden.

GEW-Mitglieder können sich mit Fragen zu ihrer Versorgungsauskunft natürlich gerne an die zuständige GEW-Bezirksgeschäftsstelle wenden. Wenig sinnvoll ist allerdings eine pauschale Frage im Sinne von „Stimmt die Auskunft des LBV?“, denn wenn die GEW die vom LBV zugrunde gelegten Laufbahndaten 1:1 übernimmt, wird das GEW-Ruhegehaltsprogramm zu keinem anderen Ergebnis als das Ruhegehaltsprogramm des LBV kommen. Sinnvoll kann es für pensionsnahe Jahrgänge aber sein, sich anhand der Versorgungsauskunft über alternative Ausstiegsmodelle (Antragsruhestand, Deputatsreduzierung, -aufstockung, Sabbatjahr/e, Beurlaubung, etc.) bei der GEW zu informieren.

Wenig Sinn macht es hingegen in aller Regel Varianten für einen Zuruhesetzungstermin im Sommer 2047, etc. zu berechnen. In

Anbetracht der langen Zeitspanne bis zu diesem Termin und der damit einhergehenden Wahrscheinlichkeit von Gesetzesänderungen in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten, kann jede Berechnung mit einem solchen Zeithorizont letztlich nur Kaffeesatzleserei sein. Also eher ein Job für das wahrsagende Gewerbe als für die GEW.

## **Und was sollte ich als Beamter/in machen, wenn ich im Laufe des Jahres 2017 keine Versorgungsauskunft erhalte?**

In diesem Fall gilt es herauszufinden, warum dies nicht geschehen ist. Entweder ich bin noch nicht lange genug Beamtin/er, dann ist es auch nicht verwunderlich, dass ich die Wartezeit für einen Versorgungsanspruch noch nicht erfüllt habe und somit keine Versorgungsauskunft erhalte. Falls ich aber davon ausgegangen bin, im Falle von Unfall oder schwerer Krankheit eine Absicherung bei Dienstunfähigkeit zu haben, ist das Ausbleiben der Versorgungsauskunft ein Warnsignal, dass ich die Wartezeit für einen Versorgungsanspruch (wahrscheinlich aufgrund von Elternzeit, Beurlaubung oder Teilzeit) entgegen meiner Vermutung noch nicht erfüllt habe. Oder aber ich bin meiner Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen und habe darum keine Versorgungsauskunft erhalten.

Baden-Württemberg ist übrigens das erste Bundesland das für „seine“ Beamt/innen eine solche Versorgungsauskunft flächendeckend anfertigt. Zukünftig soll sie turnusgemäß alle fünf Jahre versendet werden. Die GEW begrüßt die Einführung der Versorgungsauskunft, da es den Beamt/innen zumindest einen groben Eindruck vermittelt, wie ihre zukünftige Versorgung ausfallen könnte und wie sich Elternzeit und Teilzeit auswirken.

*Lars Thiede, Gewerkschaftssekretär GEW Nordwürttemberg*

## **Geschafft!**

Wir haben den Durchbruch erreicht. Ab dem 1. Januar 2018 wird die Absenkung der Eingangsbesoldung vollständig zurückgenommen – ohne Wenn und Aber. Dies ist ein großer Erfolg!

Wir haben uns als Kreis Stuttgart aktiv in die Aktion „AufGEW8“ eingebracht und gegen die unsäglich unnötige Absenkung der Eingangsbesoldung gewehrt. Allen betroffenen Lehrkräfte haben wir geraten sich an die zuständigen Landtagsabgeordneten zu wenden.

Unser Ziel war die politische Rücknahme der Absenkung. Es ist uns gelungen. Dank an alle, die sich daran beteiligt haben.

100% Arbeit entspricht wieder 100% Besoldung!

Die GEW empfiehlt allen Kolleg/innen, die derzeit bzw. nach der Einstellung zum Schuljahr 2017/18 von der Absenkung der Eingangsbesoldung betroffen sind, einen fristwahrenden Antrag auf Nachzahlung der gekürzten Besoldungsanteile zu stellen. GEW-Mitglieder können diesen Antrag bei ihrer zuständigen Bezirksrechtsschutzstelle erhalten.

Rechtsschutz.nw@gew-bw.de

*Annemarie Raab*

## Zum Gedenken an Theophil Stetter

Theophil Stetter, langjähriges Mitglied in der GEW, ist verstorben. Theophil war viele Jahre im Kreis Stuttgart an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen tätig. Einige von uns werden sich noch an sein nachdrückliches Engagement für die Bildungspolitik erinnern. Bei Personalversammlungen hat er sich häufig mit Wortbeiträgen eingebracht, dabei deutlich seine Kritik geäußert und längst fällige bildungspolitische Notwendigkeiten herausgestellt.

Am Ende seiner Dienstzeit wechselte er ins Staatliche Schulamt Ludwigsburg, bevor er in den Ruhestand verabschiedet wurde. Dem Kreis Stuttgart blieb er weiterhin verbunden und hat mit Interesse die Aktivitäten durch Lesen unseres Kreisinfos verfolgt. Letztes Jahr hat er für den verstorbenen früheren Schulleiter der Raitelsbergschule Reinhardt Künstler einen sehr wertschätzenden Artikel für das Kreisinfo geschrieben. Reinhardt Künstler und Theophil, die beide stets politisch, gewerkschaftlich und sozial unterwegs waren, haben sich viele Jahre für ein Kinderheim in Rumänien eingesetzt.

Wir nehmen Abschied von einem bis zuletzt interessierten, aktiven GEW-Mitglied und einem den Kindern zugewandten Pädagogen.

*Erwin Berger*

---

## Veränderungen im Bezirkspersonalrat GHWRGS beim Regierungspräsidium Stuttgart

Daniela Weber ist ab dem neuen Schuljahr neue Bezirkspersonalratsvorsitzende für die GHWRGS-Schulen im RPS.

Wir wünschen Daniela und Bärbel Etzel-Paulsen, stellvertretende Bezirkspersonalratsvorsitzende für die GHWRGS-Schulen beim RPS, Kraft und Standhaftigkeit für ihre Arbeit als gewählte Interessensvertretung.



---

## 25 Jahre Mitglied in der GEW

### 5 Fragen an Michael Hirn – Jubilar

1. Weißt du noch was dich vor 25 Jahren bewogen hat in die GEW einzutreten?

Ich habe mich als Student an der PH Ludwigsburg im AstA engagiert und mich mit anderen für eine bessere Lehrerbildung eingesetzt. Es ging damals wie so oft um die Empfehlungen einer Expertenkommission. Irgendwann habe ich gemerkt, dass wir als Studierende alleine nicht weit genug kommen. Die GEW hat uns Studierende damals mit Rainer Dahlem als Landesvorsitzenden und Ursula Herdt als Referentin sehr engagiert unterstützt. Über dieses Thema und die interessanten Menschen in der GEW bin ich dann in die Arbeit in der GEW hinein gewachsen.

2. Wie hat dich die GEW auf deinem Weg Student, Lehrer, Schulleiter unterstützt?

Die GEW ist die einzige bildungspolitische Organisation, die alle Bildungsbereiche zusammenführt. Und die sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen einsetzt. Es hat meinen Horizont sehr erweitert, dass ich in der GEW Menschen und Meinungen aus allen Bildungsbereichen getroffen habe. Und die GEW ist die einflussreichste bildungspolitische Kraft im Land. Mich motiviert es, Teil dieser Organisation zu sein.

3. Was war dein schönstes Erlebnis in der GEW?

Ich war Ende der 90er Jahre ein Teil der GEW-Delegation, die mit dem Kultusministerium und der Landesregierung über den sog. Beschäftigungsvertrag verhandelt hat. Der Vertrag kam nicht zustande weil die Landesregierung sich geweigert hat, eine Deputatserhöhung an den Gymnasien und beruflichen Schulen rückgängig zu machen. Aber wir haben das Vorgriffstundenmodell vorbereitet. Die Landesregierung hat deshalb viele neue Lehrerstellen geschaffen und die Deputate im Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulbereich wurden über 15 Jahre nicht erhöht. Das war für mich ein großer Erfolg, der viel Arbeit gemacht hat – aber sie hat sich gelohnt.

4. Wenn du drei Wunsch als GEW-Mitglied frei hättest, was würdest du dir wünschen?

Ich wünsche mir eine GEW, in der alle Menschen, die sich engagieren wollen, einen Platz und Unterstützung finden. Ich wünsche mir selbstbewusste Kolleginnen und Kollegen, die sich für ihre Rechte einsetzen und die den Nutzen, den die GEW dafür bietet, sehen und schätzen. Und ich wünsche mir immer mehr Menschen, die den derzeitigen populistischen Tendenzen in der Welt aktiv widersprechen und die sich gegen jede Form von Benachteiligung und Ausgrenzung einsetzen.

5. Du bist seit deinem Eintritt in die GEW dort engagiert. Aber erst seit drei Jahren bist du Mitglied im Hauptpersonalrat für die GHWRGS Schulen. Warum hat es 22 Jahre gedauert, bis du dich in einen Personalrat engagierst?

Ich habe mich immer ehrenamtlich in der GEW engagiert. So wie viele andere Mitglieder. Beruflich war es für mich immer wichtig, mich auf meine Ausbildung und meine Arbeit als Lehrer und Schulleiter zu konzentrieren. Vor drei Jahren habe ich dann neben meinem ehrenamtlichen Engagement als Redakteur der b&w auch ein Mandat im HPR angenommen. Viele Vorgänge, die in der b&w aufgegriffen werden, kenne ich aus dem HPR. Umgekehrt kann ich viel Wissen aus meiner Arbeit in der GEW in die Diskussionen im HPR einbringen.

*Michael Hirn*

---

### Michael Hirn

Schulleiter an der Helene-Fernau-Horn-Schule Stuttgart (SBBZ Sprache), Mitglied im Hauptpersonalrat GHWRGS, ehrenamtlicher Redakteur der GEW Mitgliederzeitschrift *bildung & wissenschaft*





# Naturfreunde in der GEW

## Wanderung durchs Krumbachtal



Es war eine kleine, aber feine Wanderung durch das Krumbachtal. Sie ist unbedingt zur Nachahmung zu empfehlen, auch mit Schulklassen eignet sich diese Wanderung sehr gut.

Mein Dank gilt Peter Hanle, NaturFreund. Er führte uns vom Naturfreundehaus Krumbachtal über das Bärenschlössle und Bünsauer Rain in das Naturfreundehaus Bünsau. Unterwegs machte er uns auf die vielen Naturschönheiten aufmerksam und berichtete uns auch von den geschichtlichen Ereignissen entlang des Weges. So legten wir die 10 Kilometer mit gutem Schritt und noch besseren Gesprächen zurück. Wir waren uns alle einig, dass dies eine wunderschöne Wanderung durch den Wald rund um Stuttgart ist. Die Wanderung gehört zu den natura trails der Naturfreunde in Baden-Württemberg. Sie stehen unter dem Motto „Wandern und Naturerleben. Vielfalt erhalten.“ In Stuttgart gibt es noch einen weiteren natura trail „Durch den Dürrbachwald im Stuttgarter Osten.“



**Die GEW  
tritt für Sie  
ein.**



**Treten Sie  
in die GEW  
ein.**



## Baustelle Bildung Betreten auf eigene Gefahr! 30. Juni 2017



Voller Einsatz, beim Vorbereiten der Aktion. GEW-Mitglieder bereiten die „Bausteine unserer Bildung“ vor.



Momentaufnahme mit Bärbel Etzel-Paulsen, Landespersonen-  
gruppe der Arbeitnehmer/innen



Dagmar Dreikluft, Jörn Pfeifer, Katrin Nassal, Tanja Czisch und Kerstin MacGowan.

## Große Ereignisse sollten gut vorbereitet sein. Am 30. Juni 2017 hat die GEW Land zur großen Aktion auf den Schillerplatz eingeladen.

Der Leiterwagen war voll bepackt! Tanja Czisch und Erwin Berger haben davon Raum und Zeit durch die schwarze Null geworfen. Raum und Zeit brauchen wir alle für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen.

In die große schwarze Null sollte alles eingeworfen werden, was wir für unsere Arbeit vor Ort für eine gute Bildung brauchen und wegen der schwarzen Null nicht bekommen.

Schnell waren zahlreiche Ideen da und wir gestalteten unsere Schachteln und Kisten. Wir haben ein buntes und vielfältiges Gebäude erstellt.

Ob in der KiTa, Erwachsenenbildung, Hochschule oder Schule waren wir uns schnell einig, dass Raum und Zeit für unsere pädagogische Arbeit dringend vorhanden sein sollte.

Tanja Czisch hatte diese tolle Idee, gemeinsam die Schachteln zu gestalten.

Das machen wir wieder, -uns zusammen kreativ und mit viel Phantasie für Verbesserungen im Bildungsbereich einsetzen!

*Annemarie Raab*

### Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)  
Kreis Stuttgart, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart  
Verantwortlich: Annemarie Raab

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14,  
73230 Kirchheim unter Teck

### Annemarie Raab

ist Lehrerin an der Grund- und Werkrealschule Ostheim. Sie ist Vorsitzende der GEW Kreis-Stuttgart und Vorsitzende des Örtlichen Personalrats GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Stuttgart.





## Aufbruch Flora

Am 5. April lud die GEW zur Führung in die Staatsgalerie ein. Besucht wurde die Ausstellung „Aufbruch Flora“ Meisterwerke aus der Sammlung von Arthur und Hedy Hahnloser – Bühler, deren Wohnhaus „Villa Flora“ in Winterthur zu einem Ort der Einheit für Kunst und Leben und des Aufbruchs in die Moderne wurde.

Die postimpressionistische Sammlung hat neben den Künstlern wie z.B. van Gogh, Renoir, Matisse, Cezanne ihren Schwerpunkt bei Vallotton, Bonnard und Vuillard. (vgl. Flyer der Staatsgalerie zur Ausstellung Aufbruch Flora)



Es war schön zu sehen, dass an besonderen Ausstellungen ein großes Interesse der GEW-Mitglieder besteht und bestätigt die Auswahl unserer Angebote.

Ergänzt wurde diese Ausstellung mit Werken aus den Beständen der Staatsgalerie.

Zwei Führungen waren angemeldet und alsbald ausgebucht. Die Rückmeldungen aus beiden Führungen waren ausgesprochen positiv. Die profunden Kenntnisse und die kurzweilige Darbietung machten diese Veranstaltung zu einem besonderen Erlebnis.

*Anne Weil-Baltruschat*

## GEW-Sondervorstellung „Zwischen den Stühlen“

Am Sonntag, den 21. Mai 2017 hatte die Junge GEW eine Sondervorstellung des zu Recht preisgekrönten und hochgelobten Dokumentarfilms „Zwischen den Stühlen“ organisiert.

Der Film schildert anhand von drei Einzelfällen den steinigen Weg den Referendar/innen zurückzulegen haben. Als Berufsanfänger/innen den eigenen Platz als vollwertige Lehrer/in in der Schule zu suchen und zu finden während man selber noch unter ständiger Beobachtung und Prüfungsdruck steht.

Gut 100 GEW-Mitglieder nahmen die Möglichkeit wahr, an der vom Bezirk Nordwürttemberg bezuschussten Vorstellung im Atelier am Bollwerk Kino teilzunehmen. Bei der Begrüßung der Filminteressierten stellen Christoph Strelau und Raul Coelho die Arbeit der Jungen GEW vor und erläuterten, warum für Referendariat und Berufseinstieg umfangreiche Verbesserungen dringend notwendig wären. Im Anschluss an die Kinovorstellung lud der Kreis Stuttgart die Teilnehmer/innen noch zu „Brezel und Prosecco“ (bzw. zu „Hefezopf und Saft“) in die GEW-Geschäftsstelle ein, um sich in lockerer Atmosphäre über den Film (und teilweise auch über die eigenen Erlebnisse im Referendariat) auszutauschen.

*Lars Thiede, GEW-Schaftssekretär Nordwürttemberg*



## Laufbahnwechsel

Bitte beachten!

Im November werden weitere Lehrgänge für den horizontalen Laufbahnwechsel gemäß §21 Landesbeamtenengesetz beginnen. Alle Grund- und Hauptschullehrkräfte, die ein Schreiben vom Regierungspräsidium Stuttgart erhalten haben, gehören zu dem Kreis, die an den Lehrgängen teilnehmen können. Sie können sich für den im Schreiben angegebenen Lehrgang bewerben. Grundsätzliche Informationen können auf der Homepage vom KM abgerufen werden.

[www.km-bw.de](http://www.km-bw.de) Button Schule/ Beruf der Lehrkraft/ Weiterqualifizierung

Am 29.6.2017 gab es eine GEW - Hotline für alle Fragen. Am 4. Juli hat Annemarie Raab ausführlich auf einer Veranstaltung über die Lehrgänge für den horizontalen Laufbahnwechsel informiert.

Für alle weiteren Fragen können die GEW-Personalräte angefragt werden. GEW Mitglieder können sich auch an die GEW Geschäftsstelle Nordwürttemberg wenden.

Unser Tipp: Bei Unklarheiten lieber nachfragen!

Ohne den intensiven Einsatz der GEW gäbe es die Lehrgänge nicht. Die Fachgruppe Hauptschule Kreis Stuttgart hat sich dafür stetig stark gemacht.

Festgestellt werden muss jedoch auch, dass die Grund- und Hauptschullehrkräfte, die weiterhin an den Werkrealschulen in Stuttgart tätig sind, bei den Lehrgängen weitgehend außen vor bleiben. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle betroffene Lehrkräfte. Wir machen weiter und fordern weiterhin A13! Wir haben es verdient!



## Downsize your life

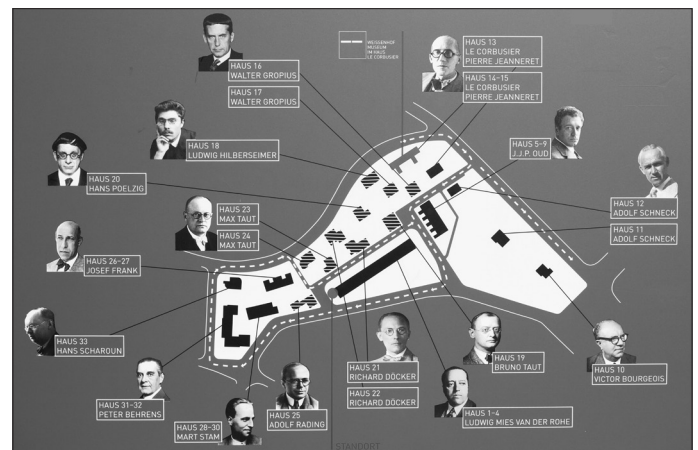
Am 10. Mai 2017 lud die GEW zu einer Führung durch die Weißenhofsiedlung. In diesen Tagen fällt es ja nicht gerade leicht, die schönen Orte in Stuttgart noch wahrzunehmen, umso wohlthuender war der Besuch der Weißenhofsiedlung und die Erkenntnis, dass es die schönen Orte noch gibt.



Abgesehen vom herrlichen Blick über Stuttgart an einem wunderschönen Maitag, war die Siedlung selbst, mit ihrer schlichten Klarheit und den modernen Ideen über Einfachheit und Reduktion von Überflüssigem, eine Wohltat für den Geist. Die Gedanken von damals inspirieren auch heute noch und werfen Fragen auf, ob vielleicht auch heute nicht jede Form, die uns umgibt, wirklich ihrer Funktion entspricht. Gute Architektur stellt immer auch die Frage, wie wir leben und was wir brauchen – und was wir nicht brauchen!

Die Siedlung selbst war seit der Erbauung 1927 immer wieder Zankapfel, vor allem unter den Nationalsozialisten, aber auch nach dem Krieg erlitt sie noch herbe Verluste und so sehen wir heute leider nur noch einen kleinen Bruchteil der ursprünglichen Anlage und doch zum Glück noch genug von ihr, um den Gedanken zu erkennen, der auch heute noch Früchte tragen kann.

*Angelika Steinhilper,  
Fachlehrerin an der Schloss-Realschule für Mädchen und Mitglied  
im ÖPR GHWRGS beim SSA-S*



*Die ursprüngliche Anlage der 1927 errichteten Weißenhof-siedlung, nur die schwarz gekennzeichneten Bauten sind heute noch erhalten*

## Die AK Friedensbildung freut sich über neue Mitstreiter/innen!

Seit über einem halben Jahr trifft sich nun schon die AG Friedensbildung in Stuttgart alle zwei Monate. Etwa zehn Kolleg/innen nehmen an ihr regelmäßig teil, aber wir möchten gerne stets offen bleiben für neue Mitglieder und laden euch deshalb zu unserer nächsten Sitzungen gerne herzlich ein. Ein Interesse am Thema reicht dafür bereits aus. Niemand muss gewählt werden oder großes Vorwissen über das Thema mitbringen. Die AG ist beim VB Grundsatzfragen angesiedelt und beschäftigt sich mit der Friedensbildung im Land. Wir befassen uns mit folgenden Themen: Servicestelle Friedensbildung; das Auftreten der Bundeswehr an Schulen sowie allgemeiner die wachsende

Militarisierung der Gesellschaft. Die AG wird die Vertretung der GEW in der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“ übernehmen. Eine weitere Diskussion über diese Themen soll in der Mitgliedschaft etwa über Vertrauensleutenschulungen oder die Erstellung einer Unterrichtspraxis Friedensbildung für die b&w angeregt werden. Alle interessierten Kolleg/innen sind herzlich eingeladen mitzumachen. Interessierte können sich an [annemarie.raab@gew-bw.de](mailto:annemarie.raab@gew-bw.de) wenden.

Nächste Termine:

6.7.2017; 16.30 Uhr (u.a. mit Claudia Möller von der Servicestelle Friedensbildung im Gespräch), 18.9.2017; 16.30 Uhr  
Ort: GEW-Landesgeschäftsstelle, Silberstraße 7, Stuttgart,  
Sitzungssaal  
*Thomas Mickan*